

## Kasten 1

### Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2021 bei 63 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2022 bei 65 US-Dollar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,21 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum in etwa so hoch wie Ende 2020. Der Welthandel mit Waren (CPB) legt im Jahr 2021 mit 7,5% sehr kräftig zu, im kommenden Jahr steigt er um 3,4%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihenkäufe, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Über den Fortgang der Pandemie wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen nach einem nicht übermäßig starken Anstieg im März und im April im Lauf des zweiten Quartals zu sinken beginnen und Herbst auf sehr niedrigem Niveau bleiben. Der Lockdown wird beginnend mit dem zweiten Quartal immer weiter zurückgenommen.

Die Finanzpolitik bleibt im Jahr 2021 expansiv ausgerichtet. Allerdings schwächt sich der Expansionsgrad gegenüber dem Vorjahr, als zur Abmilderung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der staatlichen Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Infektionen umfangreiche finanzpolitische Maßnahmen ergriffen wurden, ab. Stimulierend wirken im Jahr 2021 vor allem erneute direkte Zuschüsse an Unternehmen, etwa die Überbrückungshilfen und die Auszahlung der November- und Dezemberhilfen (vgl. Tabelle A13). Zur Stabilisierung der EEG-Umlage gewährt der Staat den Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien Subventionen. Bei den monetären Sozialleistungen führen die deutliche Anhebung des Kindergeldes, die Einführung der Grundrente sowie der zweite Kinderbonus zu staatlichen Mehrausgaben. Auf der Einnahmeseite sorgt im steuerlichen Bereich die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages sowie die weitere Verschiebung des Einkommensteuertarifs für Entlastung. Dämpfend wirken im laufenden Jahr, neben dem Auslaufen diverser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, etwa der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze oder der Zuweisungen an die Krankenhäuser, vor allem die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen auf ungefähr 50 Mrd. Euro bzw. 1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2022 schwenkt die Finanzpolitik auf einen sehr restriktiven Kurs ein. Zwar wirken eine weitere Verschiebung des Einkommensteuertarifs sowie investive Maßnahmen des Staates expansiv, das in dieser Prognose unterstellte Auslaufen der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie führt jedoch zu deutlichen Minderausgaben des Staates. Zudem ist von einem spürbaren Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung auszugehen. Unter diesen Annahmen beläuft sich der restriktive finanzpolitische Effekt im Jahr 2022 auf 3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.